

Bommert (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das die Linke zu diesem wichtigen Haushalt 08 nicht spricht, (Oh! bei der Fraktion DIE LINKE) spricht, glaube ich, für sich. Wahrscheinlich ist sie sprachlos und lässt ihren Wirtschaftsminister da auch ein bisschen im Stich.

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU)

Kollege Vogel, der CDU ist das Thema so wichtig, dass zwei Leute dazu reden. Also deshalb, wie gesagt: Sie haben es richtig gemacht, Daumen hoch.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und von der SPD - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Es kommt aber auf den Inhalt an!)

Meine Damen und Herren, eigentlich brauchen wir uns über den Haushalt dieser Landesregierung nicht zu wundern. Die Prioritäten sind seit dem Koalitionsvertrag klar.

(Frau Kircheis [SPD]: Richtig!)

Im Verhältnis 1:8 stehen die Themen Mittelstand zu Soziales. 50 Mal kommt das Wort „sozial“ vor, nur sechs Mal das Wort Mittelstand. So sieht der Haushalt auch aus. Da werden mehr als 5,5 Millionen Euro für den öffentlichen Beschäftigungssektor ausgegeben, obwohl die Ergebnisse mehr als dürftig sind, selbst von den Gewerkschaften wurde das abgelehnt. Auf der anderen Seite werden 15 Millionen Euro bei der Wirtschaftsförderung gekürzt.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bommert (CDU):

Nein, da die Linke nicht zu dem Thema spricht, werde ich auch keine Frage beantworten.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU)

Anscheinend ist diese Landesregierung der Grundsatz abhandeln gekommen, den eigentlich jeder Unternehmer kennt: Das Geld, was ich ausbebe, muss ich vorher verdienen. Der Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft, keine Frage, aber die Leistungsträger unserer Gesellschaft müssen beste Rahmenbedingungen vorfinden, um diesen Sozialstaat auch finanzieren zu können.

Das ablaufende Jahr 2011 hat genau gezeigt, welchen Stellenwert der Mittelstand und das Handwerk bei dieser Landesregierung haben. Da wird ein Vergabegesetz mit festem Mindestlohn durchgeboxt, ohne dass auf die Kritik und die Warnungen der Unternehmen gehört wird. Da wird die GRW Richtlinie geändert, ohne Rücksicht auf Belange des Handwerks.

Stattdessen wird die Bagatellgrenze von derzeit 30 000 Euro jetzt wohl auf 60 000 Euro angehoben. Herr Minister, es waren auch 100 000 Euro im Gespräch. Auf meine Nachfrage haben Sie gesagt, Sie denken darüber nach. Von diesen wichtigen Fördermitteln sollten die Handwerker weiter profitieren. Auch 60 000 Euro sind für einen Handwerker, glaube ich, keine Bagatellgrenze.

Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer wirkt sich negativ auf Investitionen aus, die Änderung der Kommunalverfassung wird durchgepeitscht, ohne dass auf die Kammern und die Verbände gehört wird, die im Übrigen die Mehrheit ihrer Mitglieder dort vertreten. Mehr als 100 000 kleine und mittlere Unternehmen und deren Beschäftigte wurden so übergangen, gedemütigt und nicht ernst genommen.

(Beifall CDU)

Wie lange kann und will sich diese Landesregierung dies noch leisten? In den letzten Tagen ist in den Gesprächen zur Änderung der Kommunalverfassung vielen Wirtschaftsrepräsentanten in Brandenburg klar geworden, was hier vorgeht. Eines ist klar: Weihnachtsgeschenke kann dieser Haushalt nicht austeilen. Aber Prioritäten für die Zukunft setzen, das kann und das macht er, allerdings in die falsche Richtung.

(Beifall CDU)

Kürzungen bei der Wirtschaftsförderung, Kürzungen bei den Hochschulen und bei den Schulen - das alles sind Dinge, die

beweisen, dass die Landesregierung nicht gewillt ist, in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Dass das Handwerk nicht in der Gunst der Landesregierung steht, zeigt auch ein Blick von außen: Von ca. 200 Pressemitteilungen des Wirtschaftsministeriums, die in diesem Jahr veröffentlicht wurden, haben nur zwei explizit mit dem Handwerk zu tun. So kann man seine Wertschätzung für das Handwerk auch zeigen, Herr Minister.

Nachdem das Handwerk und der Mittelstand durch die Konjunkturpakete der Bundesregierung - und nicht durch Herrn Platzeck, wie immer suggeriert wird - profitieren konnten, haut diese Landesregierung den Unternehmen im Land ohne Rücksicht auf Verluste die Beine weg.

(Beifall CDU und FDP)

Planungssicherheit - Fehlanzeige! Realistische Förderbedingungen - Fehlanzeige! Freier Wettbewerb - Fehlanzeige!

(Frau Alter [SPD]: In welchen Unternehmen seid ihr unterwegs? Das möchte ich mal wissen!)

Lassen Sie uns noch einmal auf die geplante Änderung der Kommunalverfassung zurückkommen. In nicht allzu ferner Zeit wird das Thema ein beliebtes Beispiel in wissenschaftlichen Arbeiten werden, in denen man die Frage stellt: Wie kann man privates Unternehmertum einschränken, ohne gegen das Grundgesetz zu verstoßen? Dass gerade dieser Punkt für die Wirtschaftspolitiker der Koalition nur noch peinlich war, zeigte die zur Farce verkommene Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Versprechungen seitens des Ministerpräsidenten oder des Wirtschaftsministers werden nicht eingehalten. Ohne Not und Verstand werden kommunale Unternehmen bevorzugt, und der Mittelstand wird ins Abseits gedrängt. Allen Bedenken zum Trotz wird mit der Brechstange - ohne Rücksicht auf Verluste - eine Ideologie verfolgt.

Zu den Regionalkonferenzen: Kollege Domres, wir waren da. Wen wir vermisst haben, das war der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Kollege Kosanke. Er war auf keiner Regionalkonferenz zu sehen. In Neuruppin zählte ich 50 Anwesende. Diese Zahl hielt sich wohl bei den anderen Regionalkonferenzen auch. Unter den 50 Anwesenden waren 10 Unternehmer.

Alle anderen gehörten öffentlichen Institutionen an. Sieht so der Dialog mit der Wirtschaft aus?

(Beifall CDU)

Kollege Kosanke, die CDU soll die Stimmung schlechtmachen? Auf welchem Planeten lebst du?

(Beifall CDU und FDP)

Am Dienstag gab es eine Anzeige aller Kammern, aller Verbände, DEHOGA usw., in der Zeitung.

(Der Abgeordnete zeigt die Anzeige in der „MAZ“.)

Das ist die rote Karte für die Landesregierung.

(Beifall CDU und FDP)

Viel schlechter kann die Zusammenarbeit der Repräsentanten der Wirtschaft mit dieser Landesregierung schon nicht mehr werden. Lassen Sie uns das nächste Jahr abwarten. Schauen wir, wozu diese Landesregierung noch fähig bzw. unfähig ist.

Zu diesem Haushalt fällt mir nur der Titel eines Films mit James Dean aus den 50er-Jahren ein: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“

(Beifall CDU und FDP)